

Kanton greift bei Trinkwasserschutz ein

Erst 19 von 80 Grundwasserfassungen sind bundesrechtskonform. Säumige Gemeinden will Baselland nun übersteuern können.

Michael Nittnaus

Auch wenn es bei den aktuellen Überschwemmungen etwas gar weit weg scheint, so dominierten die vergangenen Jahre eher Hitze und Dürre die Sommerzeit. Gerade im Oberbaselbiet war es teils so trocken, dass das Wasser knapp wurde. Teils war die Wasserversorgung der Bevölkerung in einigen Gemeinden aus eigener Kraft nicht mehr sichergestellt, Notleitungen mussten aus dem Nachbardorf verlegt werden.

«Die Sicherung der Trinkwasserversorgung ist immens wichtig», betonte Ursula Wyss (SP) gestern an der Landratsitzung im Basler Kongresszentrum. Daher könne sie nicht verstehen, weshalb viele Gemeinden nicht vorwärtsmachen – und das seit 20 Jahren. So lange schon verlangt der Bund, dass alle Grundwasserschutzzonen überprüft und gegebenenfalls erweitert werden. Laut Wyss' Frak-



Notleitungen müssen bei verunreinigtem Grundwasser gelegt werden, aber auch bei Wasserknappheit.

Bild: Kenneth Nars (Bubendorf, 19.1.2015)

«Mit der Vorlage aber wird die Gemeindeautonomie mit Füssen getreten.» Er wies denn auch darauf hin, dass der Gemeindeverband VBLG die Gesetzesänderung im Namen von 84 Gemeinden ablehne. Lediglich zwei Gemeinden stimmten vorbehaltlos zu. Burgunder kündigte an, in zweiter Lesung – nach der Sommerpause – zu beantragen, den ganzen Absatz 3 des Paragraphen 28a zu streichen.

Kosten sollen säumige Gemeinden voll tragen

«Die Sicherung der Wasserversorgung ist wichtiger als die Gemeindeautonomie, birgt es doch Gefahren für die Baselbieter Bevölkerung», sagte dagegen Wyss. Und Noack wies darauf hin, dass Absatz 3 mit einer Kann-Formulierung versehen sei: «Der Kanton greift ein, wenn es nötig ist – und nur dann.»

Anders als von der Regierung ursprünglich vorgesehen, sollen die säumigen Gemeinden, bei denen der Kanton eingreifen muss, die Kosten für den ganzen Prozess selber tragen und nicht bloss die Hälfte. «Jene Gemeinden, die ihre Arbeit selber erledigen, müssen es schliesslich auch selbst zahlen», sagte Andreas Trüssel (SVP). Sonst bestünde ein falscher Anreiz, nichts zu tun. «Nichts zu tun, wäre die schlechteste aller Lösungen», mahnte auch Regierungsrat Isaac Reber. Aktiv wurde die Regierung allerdings auch nur, weil sie musste: 2017 hatte das Parlament eine Motion von alt SVP-Landrat Georges Thüring überwiesen, die den Schutz der Baselbieter Grund- und Trinkwasserquellen gefordert hatte.

«Die Sicherung der Wasserversorgung ist wichtiger als die Gemeindeautonomie.»

Ursula Wyss
SP-Landrätin

tionskollege Thomas Noack, dem Präsidenten der Umweltschutz- und Energiekommission (UEK), sind erst 19 von 80 Grundwasserfassungen bundesrechtskonform. Bei 31 sei der Prozess im Gange, bei den restlichen 30 hätten die zuständigen Gemeinden aber noch nicht einmal mit der Arbeit begonnen.

Diesen säumigen Gemeinden hat die Regierung nun den Kampf angesagt. Das kantonale Grundwassergesetz soll so verändert werden, dass im Richtplan die regional bedeutenden Grundwasserfassungen festgeschrieben werden. Die Bau- und

Umweltschutzdirektion kann die Gemeinden dazu auffordern, die Grundwasserschutzzonen der Grundwasserfassungen zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen.

FDP wehrt sich für die Gemeindeautonomie

Der Knackpunkt kommt in Paragraph 28a Absatz 3: «Kommen die Gemeinden einer Aufforderung innerhalb von zwei Jahren nicht nach oder dauert der Prozess bis zur Ausscheidung mehr als fünf Jahre, kann der Kanton die Überprüfung und bei Bedarf die Anpassung

der Grundwasserschutzzonen in der Form kantonaler Nutzungspläne vornehmen.»

Die Vorlage wurde gestern in erster Lesung beraten – und sie scheint gute Chancen zu haben: «Die SP begrüsst, dass der Kanton neu eingreifen können soll», hielt Wyss fest. Damit war sie nicht allein. Schon die UEK befürwortete die Vorlage mit elf zu einer Stimme bei einer Enthaltung. Und im Ratssaal kündigte nur die FDP-Fraktion Widerstand an.

Dieser Widerstand fällt aber vehement aus. «Wasser gilt es zu schützen», hielt zwar auch FDP-

Sprecher Stephan Burgunder fest. Er wehrt sich aber für die Gemeinden: «Wir dürfen nicht alle in einen Topf werfen.» Eine Grundwasserschutzzone zu überprüfen und anzupassen, sei eben keine klare Wissenschaft. Als Prattler Gemeindepräsident spricht Burgunder aus eigener Erfahrung: Seit über fünf Jahren sei Pratteln an der Arbeit, habe aber schon zig Varianten einer Schutzzone wieder verwerfen müssen, da es immer wieder Nutzungskonflikte gebe.

Burgunder ist überzeugt, dass die Gemeinden das Zepter in der Hand behalten sollen:

Nachrichten

Einfachere Abrechnung fürs Geschäftsauto

Steuergesetz Die private Nutzung von Geschäftsfahrzeugen kann im Baselbiet künftig pro Monat mit 0,9 Prozent des Fahrzeugkaufpreises versteuert werden. Die Pauschale beträgt aktuell 0,8 Prozent monatlich. Durch die Erhöhung in der Verordnung zum kantonalen Steuergesetz wird neu auch die Nutzung des Geschäftsfahrzeugs für den Arbeitsweg abgegolten sein. Es handelt sich dabei um eine administrative Vereinfachung, da die Ermittlung der tatsächlichen Kosten für den Arbeitsweg künftig wegfällt, teilt die Regierung mit. Die Änderung tritt per 1. Januar 2022 in Kraft. (bz)

Heftiger Zusammenprall auf der Hauptstrasse

Bubendorf Nach einer seitlichen Kollision auf der Hauptstrasse in Bubendorf am Donnerstagvormittag mussten die beiden Fahrzeuglenker, ein 87-jähriger Mann und eine 80-jährige Frau, mit leichten Verletzungen ins Spital eingeliefert werden. Wegen des unklaren Unfallhergangs sucht die Baselbieter Polizei Zeugen. (bz)

Anonymer Denkkzettel für Kathrin Schweizer

Die Spitzen der Baselbieter Politik werden glanzvoll gewählt – mit einer grossen Ausnahme.

Ohne das traditionelle Landratspräsidentinnenfest, das pandemiebedingt auf den 26. August verschoben wurde, fehlte den Präsidentschaftswahlen von Land- und Regierungsrat gestern etwas der Glanz. An den Resultaten lag es gewiss nicht: Regula Steinemann (Bildmitte) wurde mit 78 von 81 gültigen Stimmen souverän zur ersten Landratspräsidentin der GLP gewählt. Nur ein Zettel wurde bei der geheimen Wahl leer eingelegt. Die 41-jährige Anwältin aus Füllinsdorf betonte in ihrer Dankesrede erneut, wie wichtig ihr als junge Mutter die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei (bz von gestern).

Auch Thomas Weber (2. v. r.), der die Regierung im Politjahr 2021/22 präsidieren darf, holte mit 73 von 76 gültigen Stimmen ein gutes Resultat. Beim SVP-Magistraten gab es fünf leere und eine ungültige Stimme. Die neue erste Vizepräsidentin des Landrats, die SP-Frau Lucia Mikeler Knaack (2. v. l.), holte 73 von 75 gültigen Stimmen. Sieben Zettel wurden leer eingelegt. Das beste Ergebnis erzielte der



Sie bilden 2021/22 die Spitze von Land- und Regierungsrat. Bild: zvg

zum zweiten Vizepräsidenten des Landrats gekürte CVP-Landrat Pascal Ryf (l.). Er holte 79 von 80 gültigen Stimmen, dies bei zwei leeren Zetteln.

Steckte SVP hinter leeren Stimmen für Schweizer?

Eine unerfreuliche Überraschung gab es am Schluss für Kathrin Schweizer. Die Sozialdemokratin aus Muttenz wurde zwar deutlich zur Vizeregierungsräsidentin gewählt. Mit ihren 65 Stimmen bei 67 gültigen fiel sie aber klar ab. Gleich 15 Wahlzet-

tel wurden leer eingelegt. «Das ist skandalös», echauffierte sich etwa GLP-Landrat Yves Krebs gegenüber der bz. Da es sich um geheime Wahlen handelte, ist unklar, wer leer eingelegt hat. Für Krebs gibt es aber keine Zweifel. Er vermutet, dass Teile der SVP-Fraktion Schweizer das Amt nicht gönnen.

Tatsächlich ist dieser Gedanke nicht allzu abwegig, wurde Schweizer von Exponenten der SVP doch bereits bei mehreren Themen kritisiert. Zuletzt bei der Wahl der Ersten Staatsanwältin

vor zwei Wochen. Erstmals bekleiden zwei Frauen im Jobsharing dieses Amt. Patrizia Krug und Jacqueline Bannwarth wurden just gestern frisch angelobt.

SVP-Fraktionschef Peter Riebli sagt auf Anfrage der bz dazu: «Mir sind die 15 leeren Stimmen natürlich auch aufgefallen und tatsächlich kann es sein, dass die eine oder andere aus unserer Fraktion stammt. Doch es war sicher keine konzentrierte Aktion, wir haben vorgängig keine Parole gegen Frau Schweizer gefasst. Es sind alles individuelle Entscheide.»

Auch sei er selbst nicht nachtragend. Mehrere SPler hatten Riebli bei seiner Wahl zum ersten Vizepräsidenten des Landrates 2018 offen geschnitten, um ihn für dessen Sozialhilfe-Motion abzustrafen. Bei der Wahl zum Landratspräsidenten ein Jahr später erzielte Riebli dann aber ein Topresultat. In einem Jahr wissen wir, ob dann vielleicht auch Kathrin Schweizer als neue Regierungspräsidentin strahlen darf.

Michael Nittnaus

Landrat genehmigt Defizit 2020

Jahresbericht 52 Millionen Franken beträgt das Defizit der Baselbieter Staatsrechnung 2020. Ohne Coronakrise hätte ein Gewinn von 108 Millionen Franken resultiert. Der Landrat segnete den Bericht mit 75 Ja zu einer Nein-Stimme ab. Die Regierung wurde explizit für ihr Handeln in der Pandemie gelobt. FDP und Grüne/EVP mahnten aber, dass die Verschuldung im Kanton nach wie vor viel zu hoch sei. (mn)

Kommen bald Wärmestuben?

Armut In Basel-Stadt gibt es das Soup and Chill, den Verein Gassenküche oder den Treffpunkt Glibasel: Orte, an denen Randständige etwas zu Essen bekommen und sich aufwärmen können. In Baselland gibt es das nicht. Nun muss die Regierung den Bedarf, die Finanzierung und die Umsetzung prüfen. Ein entsprechendes Postulat von Pascale Meschberger (SP) wurde gestern mit 38 gegen 35 Stimmen knapp überwiesen. (mn)